

## Medienmitteilung

|                |   |
|----------------|---|
| Thema          | <b>Grünliberale fassen restliche Parolen für den 9. Februar 2014 und lancieren erste Schritte für eine eigene Initiative.</b>   |
| Für Rückfragen | David Wüest-Rudin, Präsident, Tel. 079 448 12 44<br>Emmanuel Ullmann, Grossrat, Tel. 076 322 79 79  |
| Absender       | Grünliberale Basel-Stadt, Tel. 061 261 17 12, Postfach, 4001 Basel<br><a href="mailto:bs@grunliberale.ch">bs@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.bs.grunliberale.ch">www.bs.grunliberale.ch</a> |
| Datum          | 16. Januar 2014   |

**Die Grünliberalen haben an ihrer Mitgliederversammlung gestern Abend nach sehr engagierter Diskussion die Stimmfreigabe zur Geschlechterquote für die staatsnahen Betriebe beschlossen. Als weiterer Höhepunkt der Versammlung wurde beschlossen, dass die Grünliberalen die ersten Schritte in Richtung einer Volksinitiative machen und einen Initiativtext zur Begrenzung der Ruhegehälter von Magistratspersonen ausarbeiten. Daneben wurden die übrigen Parolen zu den Abstimmungen vom 9. Februar 2014 gefasst, Ja zu den Verfassungsänderungen, Nein zur Masseneinwanderung, früher schon Ja zu FABI und Nein zur Abtreibungsinitiative.**

### **Stimmfreigabe für Geschlechterquote, übrige Parolen eindeutig**

Gleich zu Beginn der Mitgliederversammlung wurde das umstrittene Thema der Geschlechterquoten für Verwaltungsräte staatsnaher Betriebe diskutiert, der Grossratsbeschluss betreffend Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann. Nach der Präsentation der Pro und Contra Argumente von zwei in der Sache engagierten Frauen, Martina Bernasconi (glp) und als Gast Manuela Hobi (junge CVP, Referendumskomitee), ging es diskursiv zur Sache. Letztlich waren es die bekannten Argumente, die ins Feld geführt wurden. Einig war sich die Versammlung, dass Quoten grundsätzlich nichts erstrebenswertes sind, ein Teil der Versammlung sah aber die Notwendigkeit einer vorübergehenden Krücke zur Beschleunigung der viel zu langsamen Entwicklung zur chancengleichheit von Männern und Frauen während der andere Teil Quoten als unliberal, als reine Symptombekämpfung und nicht als Lösung eines gesellschaftlichen Problems und Phänomens betrachteten. Die Versammlung beschloss zuerst mit wenigen Stimmen Mehrheit die Nein-Parole (11:14) und wendete sich dann aber grossmehrheitlich der Stimmfreigabe zu (16:6 bei 3 Enthaltungen). Es wurde betont, dass es gute Argumente für und gegen die Quote gebe. Beschlossen wurde also Stimmfreigabe.

Danach wurden die weiteren Parolen gefasst. Gegen eine Stimme wurde die Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» abgelehnt. Einstimmig Ja haben die Mitglieder gesagt zur Änderung der Verfassung des Kantons Basel-Stadt zwecks Anpassung der Vorschriften zur Stimmberechtigung an das Erwachsenenschutzrecht des Bundes sowie mit zwei Enthaltungen zur Änderung der Verfassung des Kantons Basel-Stadt zwecks Einführung des Ständeratswahlrechts für stimmberechtigte Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer.

Bereits an der letzten Versammlung am 27. November 2013 haben die Grünliberalen deutlich Ja gesagt zum Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur, kurz FABI, sowie einstimmig Nein zur Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»,

### **Grünliberale erarbeiten Text für Volksinitiative zur Beschränkung der Ruhegehälter**

Am 3. März 2013 wurde die Volksinitiative gegen die Abzockerei (Minder-Initiative) wuchtig angenommen. In Basel lag die Zustimmung bei gut 67%. Seither sind Abgangsentschädigungen für das Management von börsenkotierten Schweizer Aktiengesellschaften verboten. Heute nun ist auch die Selbstbedienung beim Staat

ein Thema. Die Skandale um die BVB-Führung sowie die VR-Honorare von Regierungsrätinnen und -räten zeigen klar, dass nun Transparenz und Selbstbeschränkung eingefordert werden.

Auch der Kanton Basel-Stadt kennt Abgangsentschädigungen, in der Form der Ruhegehälter. Magistratspersonen (Regierungsräte, Gerichtspräsidenten, Ombudsmann), die aus dem Amt scheidend, haben einen Anspruch auf ein Ruhegehalt bis zum AHV-Alter, danach erhalten Sie Rente. Nur wenn das Einkommen der ehemaligen Magistratsperson zusammen mit dem Ruhegehalt den damaligen Lohn übersteigt, wird das Ruhegehalt gekürzt. Das volle Ruhegehalt beträgt etwa CHF 170'000. Das kann zu stattlichen Bezügen anwachsen, insbesondere dann, wenn der/die scheidende Regierungsrat/-rätin noch verhältnismässig jung ist. So kann ein Ruhegehalt, welches über mehr als 10 Jahre ausgerichtet wird, mehrere Millionen Steuerfranken einbringen. Dazu kommen allenfalls erkleckliche Einschüsse in die Pensionskasse.

Die Grünliberalen haben gleich im Nachgang zur Abzockerinitiative die Ruhegehälter mit politischen Vorstössen in Frage gestellt, im Fokus steht die Regierung. Die Grünliberalen sehen nicht ein, warum das Ruhegehalt unbeschränkt bis zur Pension gezahlt wird, eine Begrenzung auf wenige Jahre reicht, zumal es sich um qualifizierte Personen handelt. Letzten Herbst (noch vor den aktuellen Skandalen) hat der Grosse Rat eine Motion der Grünliberalen zur Beschränkung der Ruhegehälter abgelehnt. Lediglich das Grüne Bündnis und die SVP haben den Vorstoss mehrheitlich unterstützt. Die übrigen Bürgerlichen haben mehrheitlich abgelehnt. Die SP hat diszipliniert geschlossen und nur mit zwei Ausnahmen nicht zugestimmt.

Die Grünliberalen bleiben aber am Thema dran, insbesondere nach den aktuellen VR-Honoraraffären. Sie werden versuchen im Zuge der aktuellen Pensionskassenreform (Gesetz wird aktuell in der WAK des Grossen Rats behandelt) eine Begrenzung der Ruhegehälter anzubringen. Für den Fall dass dies weiter nicht möglich sein und der Grosse Rat die Unterstützung verweigern sollte, bereiten die Grünliberalen einen Initiativtext vor, damit sie sogleich an einer künftigen Versammlung eine entsprechende Volksinitiative lancieren können. Die Versammlung hat der Vorbereitung des Textes einstimmig zugestimmt.

### **Personalia**

Offiziell verabschiedet wurde Andreas Sturm, der letzte Woche zum Präsidenten des Bankrats der Kantonalbank gewählt wurde und aus diesem Grund bereits im Dezember 2013 aus dem Grossen Rat sowie aus der Partei ausgetreten ist. Nach Gelegenheit für Bericht und Fragen wurde er mit Applaus verabschiedet.

Ergänzt wurde das Vizepräsidium der Partei. Mit Martina Bernasconi, Emmanuel Ullmann und Johannes Vontobel bilden nun drei in der Partei bzw. im Grossen Rat und öffentlich engagierte Mitglieder zusammen mit Präsident David Wüest-Rudin das Präsidium.